

Skandal!

Ehrenwort der Bezirksbürgermeisterin nichts wert

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Es ist ein Ehrenkodex in der BVV Lichtenberg, sich an Entscheidungen und Willensbildungen über finanzielle Zuwendungen oder ähnliche Tatbestände an Vereine bzw. freie Träger, deren Vorstandsmitglied oder Mitarbeiter man ist, nicht zu beteiligen. Da die Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) als zuständige Dezernentin für Finanzen im Bezirk sich einer solchen **Befangenheit** grundsätzlich nicht entziehen kann, sollte sie auf keinen Fall Vorstandstätigkeiten bei Vereinen oder Verbänden annehmen, die aus dem Lichtenberger Bezirkshaushalt Zuwendungen erfahren oder in sonstigen Abhängigkeiten zum Bezirksamt stehen. Trotzdem hat sie sich zu Beginn des Jahres 2003 zur Vorsitzenden des Vereins für Ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V. wählen lassen, weil sie der Meinung war, dass dies keinen **Interessenkonflikt** darstelle, obwohl der Verein eine nicht unerhebliche Summe aus dem Lichtenberger Bezirkshaushalt erhält. Deshalb hatten wir bereits vor einem Jahr gemeinsam mit der CDU-Fraktion den Rücktritt der Bürger-

meisterin als Vereinsvorsitzende gefordert. In der BVV am 21.05.03 hatte Frau Emmrich dieses dann auch öffentlich versprochen. Mitte Mai 2004 wurde bekannt, dass dieser Rücktritt immer noch nicht erfolgt ist und dass sie es bisher nicht für nötig hielt die BVV darüber zu informieren. Das ist ein Skandal! **Was ist das Ehrenwort der Bürgermeisterin noch wert?** Aus diesem Grund forderten wir in einem gemeinsamen Antrag mit CDU und FDP – also der gesamten „Opposition“ – die Bürgermeisterin in der BVV am 19.05.04 nochmals auf, sich an ihre nunmehr 12 Monate alte Erklärung zu halten und noch vor der Sommerpause den Vorsitz des Vereins für Ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V. aufzugeben oder ihr Amt als Bürgermeisterin niederzulegen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde dieser Antrag von der PDS-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit abgelehnt. Es ist ein ungeheuerlicher Fauxpas, wie die Bürgermeisterin mit ihrem gegebenen Wort gegenüber den Bezirksverordneten umgeht und mit fadenscheinigen Erklärungen versuchte, ihr Verhalten zu

begründen. Denn der **eigentliche Skandal** liegt doch schon darin, dass sich Frau Emmrich als Bürgermeisterin überhaupt zur Vorsitzenden des Vereins hat wählen lassen. Die SPD-Fraktion rügt dieses Verhalten, zumal sie so auch das Amt der Bürgermeisterin beschädigt. Hinzu kommt, dass der Vorsitzende der PDS-Fraktion den Interessenkonflikt mit wenig Fingerspitzengefühl und wenig politischer Sensibilität für das Amt heruntergespielt hat. Hier wird seitens der PDS eindeutig mit **zweierlei Maß** gemessen, denn an anderer Stelle haben sie ähnliche Interessenkonflikte von Bezirksverordneten anderer Parteien lautstark kritisiert, obwohl sich diese an Abstimmungen, die einen Interessenkonflikt darstellen könnten, gerade nicht beteiligt haben. Insgesamt tragen solche Vorgänge zur Schwächung unserer Demokratie bei, denn die Bürgerinnen und Bürger, die den Worten der Politiker in der heutigen Zeit schon wenig glauben schenken, fühlen sich nun in ihrer Ansicht bestärkt. Wir bleiben in der Sache am Ball und werden über den weiteren Fortgang berichten.

Ohne Diskriminierung in die öffentliche Bibliothek! –

Lesekarten für Sozialhilfeberechtigte gefordert

von Birgit Monteiro,

Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg und deren Sprecherin für Soziales

Sozialhilfeberechtigte haben im Land Berlin Anspruch auf eine kostenlose Lesekarte für die öffentlichen Bibliotheken. Dies dürfte aber nicht allgemein bekannt sein. Außerdem ist zu vermuten, dass Hemmschwellen bestehen, sich durch Anfrage in der Bibliothek als sozialhilfeberechtigt zu erkennen zu geben. Wir hatten deshalb einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung am 19.05.04 eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, Sozialhilfeberechtigten künftig im Sozialamt unaufgefordert eine kostenlose Lesekarte für die öffentlichen Bibliotheken

anzubieten und zu prüfen, ob auf Wunsch die Anmeldung für den Bibliotheksausweis und seine Ausgabe direkt im Sozialamt vorgenommen werden kann. Um Lesen als sinnvolle Freizeitbeschäftigung zu fördern und vor allem sozialhilfeempfangenden Haushalten mit Kindern den Zugang zu Büchern und anderen Medien zu erleichtern, soll das entsprechende Angebot dort unterbreitet werden, wo die Lage der Betroffenen bekannt ist, also im Sozialamt. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit in der BVV angenommen.

Kultur pur

■ In Zeiten bankrotter öffentlicher Haushalte wird die Finanzierung der Kultur immer mehr dem Diktat der Haushaltskonsolidierung unterworfen, wobei der Stellenwert der Kultur als Standortfaktor verkannt wird. Die SPD-Fraktion Lichtenberg hat deshalb einen **Antrag für ein Landeskulturgesetz** in die Mai-BVV eingebracht, welches die Grundaussstattung für Kulturarbeit in den Berliner Bezirken absichert. Der Antrag wurde zunächst in den Kulturausschuss überwiesen.

■ Ebenfalls wurde von uns ein Antrag zur Erarbeitung von **Rahmenrichtlinien zur zielgerichteten Vergabe der Mittel des bezirklichen Kulturfonds** für 2005 in die BVV eingebracht. Die Vergabe der wenigen noch zur Verfügung stehenden Mittel für Kulturprojekte im Bezirk muss durch die Vorgabe von Rahmenrichtlinien sinnvoll und nachvollziehbar werden.

Muss erst ein Kind sterben?

Babyklappe kann Babys retten!

von Rainer Giesecke, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg und deren Sprecher für Gesundheit

Die SPD-Fraktion Lichtenberg fordert schon seit Jahren die Inbetriebnahme der bereits vorhandenen Babyklappe am Krankenhaus Lichtenberg (wir berichteten). Diese scheiterte bisher – **trotz einstimmiger Beschlüsse der BVV und des Bezirksamtes** – an rechtlichen Bedenken des Krankenhauses sowie der zögerlichen Haltung des Landes- und des Bezirksjugendamtes. Alle in der Bundesrepublik existierenden Babyklappen befinden sich in einem rechtfreien Raum. Dies nehmen die Verantwortlichen in Kauf und es funktioniert. Nur das Bezirksamt Lichtenberg hat nicht die Kraft, seinen eigenen Beschluss umzusetzen, weil ein Beamter diese rechtlichen Bedenken lautstark geäußert hat. **Wer regiert diesen Bezirk eigentlich, die Amtsleiter oder die Stadträte?**

Außerdem informierte das Bezirksamt die BVV in einer Drucksache im Janu-

ar 2004, dass mit Babyklappen nach Ansicht des Landesjugendamtes die Zielgruppe junger Mütter in Not-situationen verfehlt würde. Nun wurde aber am 07.05.04 in der Kita Neustrelitzer Straße ein ausgesetztes Kind aufgefunden. Aus diesem Grund fragten wir in der BVV am 19.05.04 das Bezirksamt, ob es die Auffassung teile, dass im Fall Kita Neustrelitzer Straße eine **schnelle medizinische Versorgung des Kindes** durch eine Babyklappe besser gewährleistet gewesen wäre und wann der Gesundheitsausschuss der BVV endlich über das Ergebnis der disziplinarischen Untersuchung gegen Mitarbeiter des Bezirksamtes im Zusammenhang mit eventuellen Verstößen gegen Beschlüsse der BVV zur Einrichtung einer Babyklappe informiert wird. Die Antwort des Bezirksstadtrates Michael Räßler (PDS) konnten wir nur als zy-

nisch empfinden, denn er sagte, dass er keinen Zusammenhang mit diesem aktuellen Fall sehe, da nicht klar sei, ob die Mutter das Kind in der Babyklappe abgelegt hätte. Sicher, dass lässt sich nicht beweisen. Ebenso wenig leider aber auch das Gegenteil. Wir halten es jedoch für sehr wahrscheinlich und wollen zumindest die Möglichkeit dafür eröffnen!

Disziplinarische Untersuchungen wurden in diesem Zusammenhang übrigens nicht eingeleitet. Auch das spricht Bände! **Das Bezirksamt hat im Grunde genommen nicht den Mut, im Interesse der Babys den rechtfreien Raum zu betreten.**

Diesmal ist es durch das Ablegen des Kindes in einer Kita gerade nochmal alles gut gegangen. Wir hoffen nicht, dass erst ein ausgesetztes Kind sterben muss, bevor die Verantwortlichen den Sinn einer Babyklappe erkennen.

Siegfried Berger

ein Sozialdemokrat - der keiner Diktatur dienen wollte

* 24. Juli 1918 + 29. Januar 2002

von Marianne Nedwed, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg und deren Sprecherin für Kultur

Am 17. Juni 2004 wird um 11.00 Uhr am Wohnhaus Römerweg 40 in Berlin-Karlshorst eine Gedenktafel für Siegfried Berger enthüllt. In diesem Haus wohnte der Sozialdemokrat von 1951 bis zu seiner Verhaftung 1953. Siegfried Berger stand am 17. Juni 1953 an der Spitze eines Demonstrationszuges der Arbeiter aus dem Funkwerk Köpenick durch Ostberlin. Sie forderten den „Rücktritt der Regierung“, „Freie und geheime Wahlen“ und die „Wiedervereinigung“. Drei Tage später wurde er verhaftet und von einem sowjetischen Militärtribunal zu 7 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Als er das Urteil mit seiner Unterschrift anerkennen sollte, schrieb er „Ich nehme das Urteil nicht an“. In Workuta traf er viele verurteilte Sozialdemokraten, die ebenfalls unter

schwersten Bedingungen arbeiten mussten. Siegfried Berger hatte Glück. 1955 konnte er nach Verhandlungen der Bundesregierung in Moskau mit anderen Inhaftierten aus Workuta nach Westberlin zurückkehren. Die SPD-Fraktion Lichtenberg brachte im Mai 2003, kurz vor dem 50. Jahrestag des Volksaufstandes - auf Initiative der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick - einen Antrag für eine Gedenktafel in die Bezirksverordnetenversammlung ein, welche an seinem damaligen Wohnhaus angebracht werden sollte. Die BVV stimmte diesem Antrag zu. Nun wurde ein Sponsor gesucht. Die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE erklärte sich bereit, diese Tafel zu finanzieren. Der Textentwurf wurde gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD

Berlin, Herrn Dr. Siegfried Heimann, formuliert. Am 51. Jahrestag des Volksaufstandes wird nun diese Gedenktafel feierlich enthüllt. Als Gäste werden die Ehefrau Thea Berger mit Sohn, Dr. Siegfried Heimann, Dr. Falco Werkentin (Stellv. Landesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit), die Geschäftsführung der HOWOGE, Mitglieder des Abgeordnetenhauses und der BVV Lichtenberg sowie zahlreiche Genossen und Weggefährten aus dieser Zeit erwartet.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko